

NR. 1, MÄRZ 2022

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH



- › **WAHLEN GR:** NEUES PARTEIPROGRAMM FÜR KLIMA UND FORTSCHRITT SEITE 5
- › **ENERGIEWENDE:** ATOMKRAFT? IMMER NOCH NEIN DANKE! SEITE 8-9
- › **WAHLEN GL:** JUNGE GRÜNE HOLEN SITZ IM GEMEINDERAT SEITE 11



NACHHALTIGE

ENERGIEWENDE

LIEBE GEHT DURCH DEN GARTEN.

Ihre Lieblingspflanzen jetzt in unserer Biogärtnerei oder im biopflanzen-shop.ch

neubauer

neubauer.ch

...sorgt für Leben im Garten

MARDER IM DACH?

CURAU
WWW.CURAU.CH

Mit unserer Dämmung werden Sie ihn los!



Im Einklang mit der Natur



Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste Label der Schweiz



COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem besonderen Angebot und dem guten Service. Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-, Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps und dem grossen Medienkatalog mit E-Shop!

bios

für Küche, Haushalt, Bad, Garten, Kleiderschrank und Geschenksideen

Bahnhofstrasse 4 · Weinfelden
www.biosfair.ch

DEIN INSERAT IM «OSTGRÜN»

Du erreichst 1750 Mitglieder und Sympathisant*innen der GRÜNEN in der Ostschweiz.

1/8 Seite Fr. 150.00, bei vier Schaltungen ein Inserat gratis, 10% Mitgliederrabatt.

sekretariat@gruene-sg.ch | sekretariat@gruene-tg.ch

Markus Allemann Naturgärten GmbH



Herzklopfen

Planung, Ausführung und Unterhalt von Naturgärten

8577 Schönholzerswilten
Telefon 071 633 29 84

www.natur-gaerten.ch



DER BÜNDNER

GREEN DEAL

Liebe GRÜNE

Graubünden hat einen Green Deal. Bis 2050 soll Graubünden Netto-Null erreichen, mit einem 1.7 Grad-Ziel. Mehrere Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien sind definiert. Für die Finanzierung ist ein Klimafonds vorgesehen. Der Grosse Rat hat wichtige Leitplanken gesetzt, wenn auch zu wenig ambitioniert.

Das erste Massnahmenpaket stärkt laufende Massnahmen: das Gebäudeprogramm, Solaranlagen für Winterstrom, die Abwärmenutzung, der Ausbau des ÖVs und das Pilotprojekt «Klimaneutrale Landwirtschaft». Weitaus wichtiger wird das zweite, noch offene Paket mit einem geschätzten Bedarf von 1'761 Mio. Franken. Die politische Debatte, wie der Absenkpfad erreicht und finanziert werden soll, findet erst nach den kantonalen Wahlen statt.

Klare Forderungen für die Energiewende

Die GRÜNEN Graubünden treten mit klaren Forderungen zu den bevorstehenden Wahlen an: das kantonale Energiegesetz muss nachgebessert werden. Fossile Heizungen sind zu verbieten und zu ersetzen. Auch für die stromfressenden Elektroheizungen braucht es eine Ersatzpflicht. Der Wasserkanton Graubünden muss zudem zum Solarkanton werden. Die bestehenden Speicherseen sind als Batterie optimal auf die Solarenergie auszurichten. Als Aktionär kann der Kanton zudem die Gewinne aus der Wasserkraft für den Klimafonds einsetzen. Auf keinen Fall darf der Energieumbau jedoch auf Kosten des Naturschutzes gehen.

Wir GRÜNE möchten den Green Deal mitgestalten und treten zum ersten Mal mit 19 Kandidierenden zu den Grossratswahlen an. Das ist, wie die Proporzahlen, eine Premiere. Der Grosse Rat Graubünden muss endlich grüner werden.



Anita Mazzetta
Vorstandsmitglied GRÜNE Graubünden
anitamazetta@gmail.com



OSTGRÜN NR. 1/2022

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Harfenbergstr. 17, 9000 St.Gallen

März 2022
Erscheint 3-mal jährlich

Auflage: 1750 Exemplare

Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Priska Müller Wahl (GL), Maya Crameri (GR), Roland Müller (SH)

Autor*innen: Daniel Bosshard, Urs Capaul, Kurt Egger, Anna Gredig, Frederick Hefti, Heidi Hosp, Regula N. Keller, Sebastian Koller, Anita Mazzetta, Martin Müller, Franziska Ryser, Marionna Schlatter, Kaspar Schuler

Gestaltung: Daniel Bosshard

Titelbild: assalve/iStock
Porträtfoto S. 7: Béatrice Devènes

Druck: Druckerei Walpen, Gossau



KEINE ANGRIFFSBOMBER FÜR DIE SCHWEIZ

Das Ja zum neuen Kampfjet im Jahr 2021 war mit 50.1 % Ja-Stimmen äusserst knapp. Mit dem Entscheid, den amerikanischen Bomber F-35 zu beschaffen und das Kostendach vollständig auszureizen, setzt sich der Bundesrat über die grösstmögliche Minderheit hinweg. Das müssen wir korrigieren!

Hätte die Bevölkerung nicht über einen schwammigen Planungsbeschluss abgestimmt, sondern über den Kauf des amerikanischen Bombers F-35, hätte das Resultat anders ausgesehen. Eine Umfrage nach der Abstimmung zeigte, dass gerade einmal 4 Prozent der Bevölkerung den F-35 kaufen würden. Denn für den Schutz unseres Luftraums brauchen wir nicht den modernsten Tarnkappenjet der Welt. Im Gegenteil: Ein Hightech-Flugzeug, das für den Angriff tief im Feindesland konzipiert ist, eignet sich nicht für die Aufgaben, die es hier hätte. Was bringt uns zum Beispiel die Tarnkappenfähigkeit, wenn das Flugzeug beim Start langsam ist und schwerfällig beim Manövrieren. Fähigkeiten, welche die Luftpolizei braucht.

«Für den Schutz unseres Luftraums brauchen wir nicht den modernsten Tarnkappenjet.»

Die Evaluation: Intransparent und nicht nachvollziehbar

Wie der F-35 bei der Evaluation als bester und billigster Flieger für die Schweiz abschneiden konnte, bleibt ein grosses Rätsel. In Ländern, die den F-35 beschafft haben, sind die Kosten für den Betrieb und den Unterhalt explodiert. Über eine Betriebsdauer von 30 Jahren könnten die Kosten für die Schweiz 25 Mia. Franken deutlich übersteigen! Wie die USA den Dumping-Preis offerieren konnte, bleibt unklar. Es bleibt nicht nachvollziehbar, wie verbindlich die Betriebskosten sind. Vergleichen lassen sich die Offerten nicht, alles bleibt unter dem Deckel der Geheimhaltung.

Ein politischer Entscheid

Der Entscheid, mit wem man sich politisch und militärisch bindet, ist ein politischer, kein rein technischer. Der F-35 macht die Schweiz sicherheitspolitisch und industriell während Jahrzehnten von den USA abhängig. Der F-35 ist ein Kampfjet, welcher für den Einsatz im Verbund konzipiert wurde: Mit dem F-35 macht die Schweiz ihre Luftwaffe

NATO-fähig. Es ist ein Entscheid zur engen Kooperation mit den USA, der weltweit grössten Militärmacht, die sicherheitspolitisch ganz andere Werte und Strategien vertritt als wir. Auf der Strecke bleibt dabei die Zusammenarbeit in Europa für Demokratie und Frieden. Eine Zusammenarbeit, auf die wir angewiesen sind und von der wir so viel profitieren.

In einem kriegerischen Konflikt werden auch 36 Hightech-Bomber die Schweiz nicht schützen, das sagt selbst das Verteidigungsdepartement. Und angesichts der grössten Herausforderung unserer Zeit – der Umweltkrise – sind falsch investierte Milliarden schlicht absurd. **Unterschreiben Sie jetzt die Volksinitiative gegen den F-35!**

Dies ist ein Gastbeitrag von:



Marionna Schlatter
Nationalrätin GRÜNE ZH



STOP F-35



FÜR KLIMA

UND FORTSCHRITT

Hoch oben, über der Waldgrenze, liegen weiterhin dicke Schneemassen. Doch unten, in den Tälern, blühen bereits Schneeglöckchen und Leberblümchen. Gilt das auch für die Bündner Politik? Am 15. Mai finden Grossratswahlen statt, erstmals mit Proporzwahlrecht.

KSC. An der Mitgliederversammlung vom 18. Februar haben die GRÜNEN Graubünden mit ihren 19 Grossratskandidierenden das neue Parteiprogramm verabschiedet. Es beinhaltet in 14 Kapiteln jene Anliegen, die es für Klimaschutz und Fortschritt umzusetzen gilt. Nachfolgend werden vier Beispiele präsentiert, wie es politisch Frühling werden soll in Graubünden:

Klimaschutz statt Klimakrise

Der Kanton Graubünden eilt der globalen Durchschnittserwärmung voraus. Seit Messbeginn im Jahr 1864 ist die mittlere Temperatur um etwa 1.8 Grad Celsius gestiegen. Im Klimaschutz hinkt der Kanton hingegen weit hinterher. Das gilt es zu ändern, nicht nur mit dem kantonalen Aktionsplan «Green Deal für Graubünden», der erst per 2050 auf Netto-Null zielt. Die GRÜNEN kämpfen dafür, dass mehr Massnahmen schneller ergriffen werden. Und sie packen gerne heisse Eisen an: Die energetische Gebäudesanierungsrate muss verdoppelt werden. Es gilt, bis 2030 den Ersatz von Elektroheizungen, und bis dahin auch die Umstellung auf emissionsfreie, erneuerbare Treibstoffe auf dem Flugplatz Samedan zu erreichen.

Wir sind ein Migrationskanton

Ob Zu- oder Auswandernde, Fremde konnten froh sein, dass sie hier und Hiesige anderswo eine Chance erhielten. Migration prägt Graubünden auch heute in ihrer temporären Form, dem Tourismus. Er ist das Kerngeschäft und muss nachhaltig werden. Er muss Landschaft und Natur schützen, langfristig rentabel sein und der gesamten Bewohnerschaft dienen. Der Tourismus braucht unzählige Arbeitsmigrant*innen. In Anerkennung von all dem gilt es, nicht Ausgrenzung zu betreiben, sondern jedem Menschen mit Wertschätzung zu begegnen und seine Gleichberechtigung zu ermöglichen. Dies beispielsweise mit dem Stimm- und Wahlrecht ab 16, auch für hier wohnhafte Ausländer*innen.

Wo viel Boden ist, ist viel zu tun

Graubünden ist stolz auf 65 Prozent Bio-Bauernhöfe. Doch in den tiefen Lagen wird weiterhin eine Intensivlandwirtschaft mit hohem Pestizid- und Herbizideinsatz betrieben. Was es jetzt braucht, sind standortgerechte und ökologische Methoden im Acker-, Obst-, Gemüse- und Weinbau. Das landwirtschaftliche Ausbildungszentrum Planthof soll zur führenden Ausbildungs-

stätte werden. Zum Vorreiter für eine klimaneutrale sowie geschlechtergerechte Landwirtschaft im Alpenraum.

Für mehr als einen Sechstel Fortschritt

Man mag sich fragen, ob es nötig sei, sich mit der SP auf einer gemeinsamen Liste zu verbinden. Immerhin stellt die SP bereits 20 der 120 Grossrät*innen und kämpft tapfer für den Fortschritt. Doch ohne Köpfe keine Auswahl. Mehr Sitze sind nur möglich, wenn in den 39 Wahlbezirken auch tatsächlich Leute für linksgrün antreten und einsteigen. Gemeinsam haben das die SP und wir GRÜNE geschafft: Die Liste stellt 117 Kandidierende zur Wahl.

MEHR DIVERSITÄT IM GROSSEN RAT!

Die grünen Kandidierenden wohnen sowohl in abgelegenen Tälern wie auch in der Agglomeration. Sie sind in Süd- und Nordbünden zuhause. Sie sind im Mai gerade volljährig oder bereits pensioniert. Sie arbeiten als Angestellte oder Betriebsleitende. Und sieben der 19 Kandidierenden sind Frauen.

Hier findest Du sie alle:

www.wahlengraubunden.ch

Hier das Programm der GRÜNEN:

www.gruene-gr.ch



SOLAROFFENSIVE

STATT NEUE AKW

Bei der Energiewende spielt die Solarenergie eine Schlüsselrolle. Der Ausbau der Solarenergie schreitet jedoch nur sehr langsam voran, auch im Kanton St.Gallen. Die GRÜNEN fordern nun eine Solaroffensive, die eine Solarpflicht auf Bestandesbauten beinhalten soll.

Im Jahr 2019 nutzte die Schweiz nur knapp 4 Prozent ihres Potenzials auf Dächern für Solarenergie. Wenn es in diesem Schnecken-tempo weitergeht, wird die Schweiz das gesamte Potenzial erst in 262 Jahren ausschöpfen. Im Kanton St.Gallen würde es 207 Jahre dauern (Vergleich: TG 217 Jahre, SH 368, GL 386, GR 389).

Gemäss Solarpotenzialkataster des Bundes (Sonnendach.ch) liessen sich im Kanton St.Gallen auf geeigneten Dachflächen jährlich rund 3'100 GWh Strom produzieren. Dies entspricht in etwa der Strommenge, die das AKW

Mühleberg jährlich produziert hat. Unter Berücksichtigung der geeigneten Fassadenflächen (Sonnenfassade.ch) wären es sogar 4'250 GWh – mehr als der Kanton jährlich verbraucht.

Solarpflicht auf Bestandesbauten

Gemäss kantonalem Energiegesetz sind im Kanton St.Gallen aktuell nur Neubauten zur Eigenstromerzeugung verpflichtet. Eine Solarpflicht auch für Bestandesbauten bietet jedoch die einfachste und schnellste Möglichkeit, den Ausbau der Solarenergie voranzutreiben. Die Solarenergie führt längerfristig zu tieferen Energiekosten. Dies entlastet Mieter*innen wie auch Eigentümer*innen. Eine kantonale Solaroffensive würde zudem das lokale Gewerbe stärken und neue Arbeitsplätze in einer Zukunftsbranche schaffen. Ausserdem reduziert sie die Auslandsabhängigkeit und erhöht damit die Sicherheit der Energieversorgung.

Motion im St.Galler Kantonsrat

Die GRÜNEN haben an der vergangenen Kantonsratssession eine Motion zur Einführung der Solarpflicht auf Bestandesbauten eingereicht. Geeignete Dach- und Fassadenflächen bestehender Gebäude sollen bei einer

umfassenden Sanierung, jedoch spätestens bis 2035 mit Photovoltaik oder Solarthermie ausgerüstet werden. Die Regierung soll dabei Ausnahmeregelungen festlegen, insbesondere für den Denkmalschutz sowie für Härtefälle. Zusätzlich sollen Finanzierungsinstrumente geschaffen werden, damit alle Gebäudeeigentümer*innen die Solarpflicht erfüllen können, auch wenn sie nicht über die nötigen Eigenmittel verfügen. Gebäudeeigentümer*innen sollen sich jedoch mit einer angemessenen Ersatzabgabe von der Solarpflicht befreien können. Die Ersatzabgabe soll zweckgebunden zur Erstellung von Fotovoltaikanlagen auf privaten oder öffentlichen Gebäuden eingesetzt werden.



Daniel Bosshard
Präsident & Kantonsrat GRÜNE SG



Auf Sonnendach.ch und Sonnenfassade.ch ist ersichtlich, ob eine Fläche zur Produktion von Solarenergie geeignet ist (Bild: Ausschnitt Solarpotenzialkataster des Bundes).



Bild: Pixabay

STROMMANGELLEGE –

EINE KURZE EINORDNUNG

Das Thema Versorgungssicherheit steht im Fokus der Öffentlichkeit. Und tatsächlich ist es ein Thema, mit dem wir uns in der Schweiz auseinandersetzen müssen. Die Panikmache um eine Strommangellage von bürgerlichen Parteien und Lobby-Verbänden ist jedoch haarsträubend.

Vor zwei Jahren sass ich auf einem Podium zum Thema Stromversorgung in der Schweiz. Als eine Vertreterin der Jungen SVP dort verkündete, die Schweiz bräuchte neue AKWs, erntete sie von allen Teilnehmer*innen nur ein müdes Lächeln. Aber heute wird diese Idee auch in verschiedenen Zeitungen wieder ernsthaft diskutiert. Was ist passiert?

Zeit für eine kurze Einordnung

Wenn die AKWs in der Schweiz vom Netz gehen, brauchen wir andere Quellen, aus denen wir unseren Strom beziehen können. Um die Klimaziele einzuhalten, müssen wir dabei auf erneuerbare Energien setzen: Auf Wasserkraft, deren Potenzial schon grösstenteils ausgeschöpft ist, und auf Solarstrom. Letzterer macht heute erst rund 5 Prozent des Gesamtstroms in der Schweiz aus. Dieser Anteil kann aber mit einer Solaroffensive auf über 30 Prozent steigen.

In der Übergangszeit, in der die erneuerbaren Energien ausgebaut werden, wird man einen Teil des Stroms aus dem Ausland importieren müssen. Und daran hat sich nun die politische Diskussion entzündet. Denn laut Bun-

desrat könnte es je nach politischer Situation in einem Worst-Case-Szenario ab 2025 zu einer Strommangellage kommen. Aber was heisst das genau?

Unwahrscheinliches Szenario

Das Szenario, das der Bundesrat beschreibt, würde dann eintreffen, wenn die Grenzkapazitäten mit den Nachbarstaaten um über 70 Prozent reduziert wären, Beznau I + II beide vom Netz genommen wären, ein Drittel der französischen Kraftwerke kurzzeitig ausser Betrieb wären und es keine Abkommen mit der EU gäbe. Sollte all das gleichzeitig eintreffen, könnte es in der Schweiz während 48 Stunden pro Jahr zu einer Stromunterversorgung kommen. Dieser Fall ist sehr unwahrscheinlich.

Es gibt also keinen Grund, in Panik zu verfallen und überstürzte Entscheidungen zu treffen. So zielt insbesondere der Vorschlag von Bundesrätin Sommaruga, Gaskraftwerke als Überbrückung zu bauen, in eine völlig falsche Richtung. Es würde nicht nur das Erreichen des Netto-Null-Ziels verhindern. Die aktuelle Krise in der Ukraine zeigt auch, dass die Abhängigkeit von Erdgas aus

dem Ausland keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit darstellt.

Energiewende rasch vorantreiben

Stattdessen muss dieses Szenario ein Weckruf für die Schweizer Politik sein, den Ausbau der erneuerbaren Energien rasch voranzutreiben, damit wir ohne

Lücke dekarbonisieren und die alten AKWs abschalten können. Die GRÜNEN haben dafür mit der parlamentarischen

Initiative von Bastien Girod erfolgreich die Finanzierung aufgegleist. Gleichzeitig müssen wir baldmöglichst ein Abkommen mit der EU aufgleisen. Mit unserer geplanten Europa-Initiative wollen wir dazu beitragen, die politischen Rahmenbedingungen dafür zu klären.

«Es gibt keinen Grund, in Panik zu verfallen.»



Franziska Ryser
Nationalrätin GRÜNE SG



ATOMKRAFT?

IMMER NOCH NEIN DANKE!

Die Zauberlehrlinge aus den bürgerlichen Parteien sind wieder am Werk. Nun soll das Verbot für den Neubau von Atomkraftwerken aus dem Gesetz gekippt und neue Wasserkraftwerke selbst in Naturschutzgebieten erlaubt werden!

UCA/KEG. Sogar Naturdenkmäler von europäischer Bedeutung wie der Rheinfall (siehe Titelseite) möchte der Baudirektor des Kantons Schaffhausen opfern, nur um ein paar GWh Strom im Winter zu erzeugen. Dies mit dem Hinweis, dass der Strom aus den Atomkraftwerken zu ersetzen sei. Bereits 2014 lehnte das Schaffhauser Volk ein Kraftwerk am Rheinfall ab. Nun der erneute Versuch, eine erneute Vorlage im Kantonsrat, Strom im Umfang von jährlich etwa 100 GWh am äusserst sensiblen Rheinfall zu gewinnen. Gleichzeitig erlaubt das Baudepartement des gleichen Regierungsrats den Bau eines Datacenters in Beringen

mit einem Gesamtverbrauch von 350 GWh, was 72 Prozent des heutigen gesamten kantonalen Stromverbrauchs entspricht. Ohne vollständige Nutzung der Abwärme – rund 90 GWh gelangen ungenutzt in die Atmosphäre! Was soll denn das?

«Ein Reaktorunfall kann grosse Landstriche für Jahrtausende entvölkern.»

die Lagerung radioaktiver Abfälle) seit Jahrzehnten herum. Weder der Granit (rissig und wasserführend) noch die Mergelschichten am Wellenberg (seismisch unruhig und tektonisch instabil) haben sich als zweckmässige Gesteinsformationen erwiesen.

Atomkraftwerke sind risikobehaftet
Selbst wenn die Eintretenswahrscheinlichkeit eines Reaktorunfalls klein ist, so sind dessen Auswirkungen enorm. Er kann grosse Landstriche für Jahrtausende entvölkern. Doch nicht nur der AKW-Betrieb ist kritisch zu betrachten, sondern ebenso der Uranabbau, die Urananreicherung, der Transport und die Entsorgung der Brennstäbe. Selbst nach 10 Jahren im Abklingbecken und weiteren 40 Jahren im Zwischenlager ZWILAG in Würenlingen strahlen die Brennstäbe noch immer tödlich, falls sie offen zugänglich wären. Deshalb müssen sie für eine Million Jahre (!) im Erdinnern und umschlossen von speziellen Stahlbehältern, Bentonit und Gestein eingelagert werden. An der Entsorgung «dökterIn» die Abfallverursacher und die beauftragte Nagra (Nationale Genossenschaft für

Endlager im Zürcher Weinland?
Nun soll es die Opalinuston-Gesteinsformation richten. Die Nagra schlägt drei Standortsregionen in der nördlichen Schweiz vor, darunter das Zürcher Weinland, nahe an der bevölkerungsreichen Region Schaffhausen. Es wird gebohrt, seismisch dreidimensional untersucht, modelliert und... verniedlicht. Denn plötzlich tauchen im Opalinuston Verschiebungen und Risse auf, die vorher so nicht bekannt waren. Die Nagra erklärt dazu, sie hätte solche Probleme erwartet, und die Eignung des Opalinuston würde dadurch nicht geschmälert, denn er sei selbstheilend. Also Risse würden unter dem Einfluss von Feuchtigkeit verschlossen. Vielmehr weisen die Risse doch auf Verschiebungen, Drücke und Dehnungen im Untergrund hin. Erdbeben nach Bohrungen in Basel oder St.Gallen lassen grüssen!



Tiefbohrung in Rheinau für Messungen in der Gesteinsformation Opalinuston (Bild: Nagra).

Noch im Herbst dieses Jahres will die Nagra vorschlagen, für welchen der drei Standorte sie ein Rahmenbewilligungsgesuch einreichen will.

Dass die heute bestehenden und zwischengelagerten radioaktiven Abfälle nicht wie in den 70er- und 80er-Jahren in den Meeren «verklappt» werden können, ist klar. Ein langfristig sicheres Tiefenlager über eine Million Jahre ist daher wünschbar. Doch ist es auch machbar? Die Region Weinland/Schaffhausen hat durchaus die Chance, den Schwarzen Peter für ein solches Tiefenlager zu kriegen. Und dies, obwohl sie die einzige der drei Standortregionen ist, die während der letzten Würm-Eiszeit vollkommen vergletschert war. Auch zukünftige Gletscher folgen früheren Taleinschnitten und tiefen sich insbesondere im Zungenbereich ein. Das muss für eine Million Jahre berücksichtigt werden, ebenso die Hebungsraten im Weinland von 0,1 mm pro Jahr!

Die GRÜNEN können zu einem geologischen Tiefenlager nur zustimmen, falls ein definitiver Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen ist, ein geologisches Tiefenlager sich als beste Lösung zur langfristigen Lagerung radioaktiver Abfälle erweist und die Rückholbarkeit

der radioaktiven Abfälle auch nach einem Verschluss des geologischen Tiefenlagers gewährleistet ist.

AKW der 4. Generation

Nun sollen neue AKW der 4. Generation die Stromversorgung sicherstellen und die Treibhausgas-Emissionen drastisch reduzieren. Dies mit dem Hinweis auf den neuen experimentellen chinesischen

«Bei einer AKW-Strategie würde bis 2040 noch kein einziges neues AKW stehen.»

Flüssigsalz-Reaktor, der mit Thorium betrieben wird. Dadurch sollen Wasserstoff-Explosionen vermieden werden. Doch besitzt die Schweiz abbauwürdige Uran- oder Thoriumvorkommen oder ergibt sich dadurch nur eine weitere Abhängigkeit vom Ausland? Und wie lange reichen die abbauwürdigen Erzvorkommen, wenn die ganze Welt plötzlich auf diese Technologien setzen würde, 30 oder nur 20 Jahre? Wie lange dauert die Planungs-, Bewilligungs- und Bauphase, bis ein neues AKW den Betrieb aufnehmen könnte, 20 oder 25 Jahre? Dazu der Hinweis, dass sich die Schweiz verpflichtet hat, den Treibhausgas-Ausstoss bis 2030 zu halbieren. Bei einer AKW-Strategie wird daher bis 2040 noch kein einziges neues AKW stehen. Mit anderen Worten: die AKW liefern keinen Beitrag zur Lösung des Treibhausproblems. Und ein Punkt geht immer vergessen: die

Erstellung und der Betrieb von AKWs sowie die Entsorgung von radioaktiven Abfällen sind nicht nur äusserst teuer und risikoreich, sondern auch sehr energieaufwändig. Umfassende Ökobilanzierungen von Energiesystemen belegen, dass für 1 kWh Atomstrom rund das 4-fache an Primärenergie investiert werden muss!

HALTUNG DER GRÜNEN

Für den Ersatz des AWK-Stroms und der Sicherung des Winterstroms haben die GRÜNEN klare Antworten:

- Statt neue AKWs eine zielgerichtete Ausbaustrategie für Sonnen- und Windstrom.
- Sicherung der Alpen-Batterie: Leerung der Schweizer Speicherseen, wenn der Strom knapp ist und nicht wenn es am meisten rentiert.
- Stromeffizienz: rascher Ersatz aller elektrischen Widerstandsheizungen.
- Deutliche Erhöhung des Rückliefer-tarifs für Photovoltaikstrom.
- Vereinfachung und Beschleunigung der Rechtsverfahren.

Die Energiewende ist möglich auch unter Aufrechterhaltung des Verbandsbeschwerderechts und der Berücksichtigung des Natur- und Heimatschutzes gemäss heutigem Recht.



ERSTE KOMMUNALE

INITIATIVE IN FISCHINGEN

Unter Federführung von Mitgliedern der GRÜNEN Fischen wurde nicht nur eine Sammelklage gegen eine geplante 5G-Antenne eingereicht, sondern auch die erste kommunale Initiative lanciert und erfolgreich zur Abstimmung gebracht.

HHO. Wird eine neue Mobilfunkantenne geplant, werden nur die direkten Anstösser informiert. So erfuhr auch Heidi Hosp, Vorstandsmitglied der GRÜNEN Fischen, nur über drei Ecken, dass wenige Meter neben ihrem Haus eine 5G-Antenne gebaut werden soll. Beim Sammeln der Unterschriften für eine Einsprache wurde klar, dass die Bewohner*innen der Gemeinde der Antenne mehr als kritisch gegenüberstehen. Was vielen sauer aufstiess war, dass sie von den Plänen nichts gewusst hatten.

Kommunale Initiative lanciert

Wie also über das geplante Projekt hinaus den Anwohner*innen zu mehr Information und Mitbestimmung

verhelfen? Die Idee einer kommunalen Initiative zur Änderung des Baureglements war geboren. Damit sollte einerseits das von vielen Gemeinden schon angewandte Kaskadenmodell (Bau von Mobilfunkantennen in Wohnzonen nur im Ausnahmefall) und andererseits eine längerfristige Planung von Antennenstandorten rechtlich verankert werden.

Hohe Hürden für Initiativen

In Fischen müssen 20 Prozent (!) der Stimmberechtigten eine Initiative unterstützen, bevor an der Gemeindeversammlung darüber abgestimmt werden kann. Für das Initiativkomitee konnten Menschen aus verschiedenen Parteien gewonnen werden. Trotz der coronabedingten Einschränkungen gelang es, deutlich mehr als die geforderten 410 Unterschriften zu sammeln. Im Dezember 2020 stimmten 55.6 Prozent der Stimmberechtigten an einer Urnenabstimmung für die Initiative. Da es sich um eine Änderung des Baureglements handelte, musste diese noch öffentlich aufgelegt werden. Die Einsprache der Mobilfunkbetreiber wurde vom Gemeinderat mit Verweis auf den klaren Entscheid der Stimmbewölkerung abgelehnt und die Änderung des Baureglements der Gemeindever-

Titelbild: Geplante 5G-Antenne in Fischen (rechts im Bild hinter der Schreinerei).

sammlung im November 2021 noch einmal zur Abstimmung vorgelegt. Dieses Mal war die Zustimmung fast einstimmig.

Widerstand der Mobilfunkbetreiber

Trotz der bisherigen Etappensiege bleibt der Ausgang offen. Einerseits können die Mobilfunkbetreiber ihre Einsprache an die nächste Instanz weiterziehen, andererseits unterliegt die Änderung des Baureglements noch der Genehmigung durch den Kanton. Trotzdem hat die Initiative bereits einiges bewirkt. So hat der Gemeinderat das Kaskadenmodell bei seiner Totalrevision des Baureglements einfließen lassen und dieses ist mittlerweile in Kraft. Und über das vor mehr als zwei Jahren eingereichte Baugesuch wurde noch nicht entschieden. Der grosse Widerstand in breiten Teilen der Bevölkerung gegen den Ausbau des Mobilfunknetzes, insbesondere mit der 5G-Technologie, hat spürbar auch zu einer Verunsicherung der zuständigen Behörden geführt.



Heidi Hosp und Matthias Münt senden Unterschriftenblätter gegen 5G-Antennen in die Haushaltungen.



JUNGE GRÜNE HOLEN

SITZ IN GLARUS

Die Junggrüne Eva-Maria Kreis (24) hat am 13. Februar die Wahl in den Gemeinderat Glarus geschafft. Mit einem sehr guten Resultat setzte sie sich deutlich gegen ihren Konkurrenten aus der FDP durch und ist damit die bisher jüngste Glarner Gemeinderätin.

Warum soll man als junger Mensch für ein politisches Amt kandidieren? Eva-Maria stellt sich den Fragen von Frederick Hefti (21). Auch er ein Junger Grüner, der sich im kommenden Mai der Wahl in den Glarner Landrat stellt.

Frederick Hefti: Wie fühlst du dich nach dem Wahlsieg?

Eva-Maria Kreis: Ich bin sehr dankbar und freue mich riesig! Wir haben für Glarner Verhältnisse etwas Historisches geschafft!

Was hat dich motiviert, als Gemeinderätin zu kandidieren?

Es ist in einer funktionierenden Demokratie absolut zentral, dass die Bevölkerung angemessen vertreten ist. Vor dem Wahlsonntag hatten wir in

den Glarner Gemeinderäten einen Frauenanteil von unter 10 Prozent. Auch junge Menschen sind in den Glarner Exekutiven und Legislativen kaum vertreten. Im Gemeinderat Glarus Mitte hatten zudem auch keine klimabewegten Kräfte Einsitz. Die linken Kräfte waren bislang mit nur einem SP-Sitz vertreten.

Warum glaubst du, braucht es junge Menschen wie dich in solchen Ämtern?

Junge Menschen einfach wegen mangelnder (Führungs-)Erfahrung nicht in Betracht zu ziehen, ist unzureichend. Wir bringen andere, gleichfalls wichtige Kompetenzen mit – beispielsweise kommunikativer Art. Die demokratische Beteiligung gerade auch der Jungen auf der Gemeindeebene in Glarus ist auf Rekordtief, trotz Stimmrechtsalter 16. Und dabei geht es um unsere Zukunft.

Was willst du in der Gemeinde Glarus konkret anpacken und verändern?

Wir haben viel nachzuholen in punkto Repräsentation und Inklusion – das wird für mich ein zentrales Kriterium bei meiner Arbeit sein. Glarus soll feministisch und diskriminierungsfrei werden. Auch die politische Beteiligung

wird eine meiner Baustellen. Die Stadt Zürich will bis 2040 klimaneutral sein – wir können die Gemeinde Glarus als Pioniergemeinde positionieren und dieses Ziel deutlich vor Zürich erreichen.

Hast du einen Tipp für junge Menschen, insbesondere für junge Frauen, die sich politisch engagieren möchten?

Ja, euch braucht es und ja, ihr könnt das!

ZUR PERSON

Name:	Eva-Maria Kreis
Jahrgang:	1997
Ämter:	Co-Präsidentin Junge Grüne Glarus, Vorstandsmitglied KlimaGlarus.ch
Ausbildung:	Bachelor of Arts in Philosophie und Germanistik
Tätigkeit:	Lehrbeauftragte Philosophie Kantonsschule GL



Gemeinderätin in spe Eva-Maria Kreis und Landratskandidat Frederick Hefti strahlen an der Wahlfeier (Bild: Nils Gygli).



ZENTRUMSAREAL

GEMEINSAM GESTALTEN

An bester Lage liegt das Bankstrassenareal, das der Stadt Weinfeld gehört und für eine neue Nutzung frei wird. Die Exekutive wollte die Parzelle verkaufen. Die Initiative der Fraktion SP/glp/GRÜNE des Stadtparlaments verlangt jedoch, dass die Stadt Weinfeld das Areal selber überbaut.

Bis 2017 waren in Weinfeld auf einem Areal an der Bankstrasse in einem Gebäude ein Feuerwehrdepot und im anderen das Jugendzentrum untergebracht. Sowohl Feuerwehr als auch Jugendzentrum zogen in besser geeignete Räumlichkeiten um.

Nachdem das Stadtparlament den Verkauf des Areals an eine Zuger Immobilienfirma blockierte, plante der Stadtrat, die Fläche von 2000 m² über einen Investorenwettbewerb zu verkaufen. Das Stadtparlament verlangte daraufhin eine Raumbedarfs- und Bedürfnisanalyse für Verwaltung und stadtnahe Institutionen. Diese oberflächliche, externe Studie kam zum Schluss, dass in den nächsten zehn Jahren keine Raumbedürfnisse entstehen, welche nicht anderweitig realisierbar wären. Das sahen die GRÜNEN anders: «Lasst uns das Bankstrassenareal für die Zukunft behalten und gemeinsam gestalten», sagte sich der Bezirkspräsident Martin Müller.

Initiative in Rekordzeit eingereicht

Der Stadtrat hielt an seinen Verkaufsabsichten ohne Vorgaben zur Nutzung der neuen Gebäude und ohne Referendumsmöglichkeit fest. Daraufhin

wurde die Initiative «Die Bankstrasse gehört uns allen» lanciert. Sie hatte zum Ziel, dass die Stadt Weinfeld das Areal im Eigentum behält und selber überbaut.

Bereits drei Wochen nach Sammelstart konnte die Initiative mit rund 800 beglaubigten Unterschriften eingereicht werden. Für eine städtische Volksinitiative sind nur 600 Unterschriften in drei Monaten nötig. Für die Mitglieder des Komitees war diese Unterschriftensammlung ein besonderes Erlebnis. Noch nie hatten sie das Gefühl, bei der Bevölkerung mit einem Anliegen so offene Türen einzurennen. Unabhängig von der parteipolitischen Ausrichtung, hat der geplante Verkauf des Bankstrassenareals einen Nerv in der Bevölkerung getroffen.

Die Menschen in Weinfeld möchten mitbestimmen, wie sich ihre Stadt entwickelt. Diese kann es sich finanziell leisten, an der Bankstrasse den Gestaltungsraum für zukünftige Generationen und Bedürfnisse zu erhalten, vielleicht sogar ein Generationenprojekt zu lancieren.

«Die Menschen in Weinfeld möchten mitbestimmen, wie sich ihre Stadt entwickelt»

Titelbild: Das Initiativkomitee bei der Unterschriftenübergabe.

Initiative zur Annahme empfohlen

Das Stadtparlament stellte der Initiative zuerst einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber (Investorenwettbewerb mit Abgabe des Landes im Baurecht). An einer nächsten Sitzung empfahl es jedoch auch die Initiative zur Annahme.

Am 15. Mai 2022 wird nun über die Initiative «Das Bankstrassenareal gehört uns allen» abgestimmt. Die Abgabe im Baurecht ist keine gute Lösung, da die Investoren und nicht die Stadt die Nutzung der Gebäude festlegen würden. Die Stimmberechtigten können dank der Initiative mitbestimmen, wie sich ihre Stadt entwickelt.



Martin Müller
Bezirkspräsident Weinfeld



STÄDTISCHES

NATURFÖRDERPROGRAMM

Vor mehr als zwei Jahren forderte der grüne Stadtparlamentarier Sebastian Koller mittels Motion eine stärkere Förderung der Biodiversität in der Stadt Wil. Im Februar hat das Stadtparlament nun die Vorlage für ein städtisches Naturförderprogramm angenommen.

Die Biodiversität in der Schweiz schwindet dramatisch. Mehr als jede dritte Tier- und Pflanzenart gilt mittlerweile als bedroht. Die Biodiversität ist für die menschliche Zivilisation von existenzieller wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, eine Trendwende beim Biodiversitätsverlust herbeizuführen.

Die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zählt zu den vordringlichsten Aufgaben unserer Zeit. Es ist wichtig, dass auch auf lokaler Ebene und im Siedlungsraum die Biodiversität stärker geschützt und gefördert wird. Die Biodiversität muss auch im Siedlungsraum Platz haben.

Motion als erheblich erklärt

Sebastian Koller von den GRÜNEN prowil sah im Bereich der Biodiversität grossen Handlungsbedarf auf städtischer Ebene. So forderte er im 2019 mittels Motion, dass die Stadt Wil ein städtisches Naturförderprogramm schaffen soll. Das Ziel dieses Naturförderprogramms ist es, die Biodiversität im Einflussbereich der Stadt

Wil systematisch und auf vorbildhafte Weise zu fördern und zu schützen. Das Programm sollte mittels Berichts mit konkreten Massnahmen erstellt werden. Das Stadtparlament hat die Motion mit abgeändertem Wortlaut Ende 2019 erheblich erklärt und dazu einen Kredit für die Erarbeitung bewilligt.

«Die Biodiversität muss auch im Siedlungsraum Platz haben»

Fundierte Grundlage geschaffen

In der Zwischenzeit hat die Stadt ihrem Parlament das Naturförderprogramm vorgelegt. Die Vorlage wurde an der vergangenen Februarsitzung des Stadtparlaments angenommen. Die Stadt Wil verfügt damit endlich über eine fundierte Grundlage zur Förderung der Biodiversität im Siedlungsraum. Unter anderem sollen in den kommenden Jahren zahlreiche Grünflächen ökologisch aufgewertet werden. Im Rahmen von Aufwertungsmassnahmen auf Schulanlagen soll zudem das Augenmerk speziell auf die Sensibilisierung der jüngeren Generation für das Thema «Naturförderung» gerichtet werden soll. Beispiele dafür können die Schaffung von Schulbiotopen oder Lebenstürmen sein. Dies wurde von

den GRÜNEN in der zuständigen Kommission eingebracht. Weitere Empfehlungen der GRÜNEN, einige Punkte des Programms noch konsequenter auszugestalten, haben im Parlament leider keine Mehrheit gefunden. Es scheint, als seien die GRÜNEN nach wie vor die einzige Fraktion, für die Naturschutz ein prioritäres Anliegen ist. Dennoch kann man mit dem Erreichten vorerst zufrieden sein. Nun gilt es, die Umsetzung der Massnahmen aufmerksam zu verfolgen und nötigenfalls nachzuzuhaken.



Lebensturm zur Förderung der Artenvielfalt auf einer Schulanlage (Bild: Lebensturm.ch).



ABSTIMMUNGEN VOM

15. MAI 2022

Am 15. Mai 2022 stehen drei wichtige Abstimmungen an: der Bundesbeschluss zum Ausbau der Frontex, das Filmgesetz und das Transplantationsgesetz. Die OSTGRÜN-Redaktion gibt einen Überblick mit Abstimmungsempfehlung.

Nein zum Frontex-Ausbau

Die neueste Weiterentwicklung des Schengen-Abkommens will Frontex massiv ausbauen und aufrüsten. Frontex soll zu einer 10'000 Personen starken Grenzschutz-Armee werden. Die Schweiz würde Frontex in Zukunft mit 61 Millionen Franken pro Jahr (statt wie bisher 14 Mio. Franken) unterstützen.

Mit der Ablehnung der Vorlage verhindern wir, dass sich die Schweiz weiterhin mitverantwortlich macht für ein rigides Grenzregime, welches die Menschenwürde mit Füßen tritt. Die Schweiz muss sich dafür einsetzen, dass das Mittelmeer und die europäischen Grenzen zu Orten der Zusammenarbeit und des Austauschs werden. Es braucht ein «besseres Schengen»: Die Ablehnung stärkt die GRÜNEN und andere Kräfte im Europäischen Parlament, die sich gegen das unmenschliche Grenzregime einsetzen. Dadurch gerät die EU verstärkt unter Druck,

endlich die nötigen Frontex-Reformen für eine Stärkung der Menschenrechte vorzunehmen. Mit einer neuen Migrationspolitik kann die Schweiz der Frontex-Weiterentwicklung in einem zweiten Anlauf zustimmen und bleibt Teil des Schengen-Raums.

Ja zum Filmgesetz

Mit dem Filmgesetz werden die grossen internationalen Streaming-Anbieter dazu verpflichtet, mindestens 30 Prozent europäische Filme anzubieten. Ausserdem müssen sie vier Prozent ihrer in der Schweiz erwirtschafteten Einnahmen in hiesige Produktionen investieren. Damit soll die Vielfalt und die Qualität des Schweizer Filmangebots gefördert werden. Die meisten europäischen Staaten kennen bereits heute ähnliche Regelungen. Dank dem Gesetz wird mehr Geld in die Schweizer Filmproduktion investiert. Das fördert die Qualität der produzierten Filme und Serien und stärkt die Schweizer Filmwirtschaft. Gegen die Änderungen des Filmgesetzes wurde von verschiedenen bürgerlichen Jungparteien das Referendum ergriffen.

Ja zum Transplantationsgesetz
Heute dürfen Organe von verstorbene-

nen Personen nur dann entnommen werden, wenn eine dokumentierte Zustimmung für eine Organspende vorliegt. Das neue Gesetz sieht nun eine «erweiterte Widerspruchslösung» vor: Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass die verstorbene Person der Organspende zustimmt. Angehörige können sich aber weiterhin gegen eine Organspende aussprechen, wenn dies dem (mutmasslichen) Willen der verstorbenen Person entspricht. Der Wechsel zur Widerspruchslösung trägt dazu bei, dass mehr Organe für Transplantationen zur Verfügung stehen. Damit werden nicht nur Leben gerettet, sondern es wird auch die Lebensqualität vieler Menschen verbessert. Das Gesetz stellt sicher, dass die Bevölkerung genau über die Widerspruchslösung und deren Bedeutung informiert wird und dass alle Menschen ihre eigene Entscheidung treffen können.

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG

der OSTGRÜN-Redaktion:

NEIN zum Frontex-Ausbau

JA zum Filmgesetz

JA zum Transplantationsgesetz

NO FRONTEX



NACHGEFRAGT BEI

ANNA GREDIG

Anna Gredig, 43, war Dozentin an Pädagogischen Hochschulen. 2016 wechselte die Vielgereiste in die Landwirtschaft, zog ans Ende des Safientals GR auf 1'700 m ü. M. und kandidiert jetzt als GRÜNE für den Grossen Rat.

Warum hast du in die Landwirtschaft gewechselt?

Als Lehrerin und beim Reisen läuft man Gefahr, ständig «gute Ideen für Andere» zu haben. Ich wollte selber aktiv zur Nachhaltigkeit beitragen. Jetzt sind wir Pilotbetrieb im Projekt «Klimaneutrale Landwirtschaft Graubünden» und suchen Wege, den ersten klimaneutralen Bündner Bio-Bergkäse zu produzieren.

Kann die Landwirtschaft klimaneutral werden?

Unser Hof wurde kürzlich bezüglich Klimagase bilanziert. Dank der geplanten Massnahmen – eine Kleinbiogasanlage, Solarstrom vom Stalldach und eine Hofsennerlei – wurden uns gute Chancen attestiert, klimaneutral zu werden. Diesem Ziel ordnen wir alles unter. Wenn es hier oben und mit Viehwirtschaft gelingt, klimaneutrale Nahrungsmittel zu produzieren, sollte das an einigen Orten möglich sein.

Das klingt interessant. Was gefällt dir nicht an der Landwirtschaft?

70 Prozent aller Bäuerinnen in der Schweiz haben keine Sozialversicherungen. Das ist kein Zufall, sondern strukturelle Gewalt, ein No-Go in einem Rechtsstaat mit Gleichstellungsartikeln.

Die Politik ist gefordert. Nachhaltige Landwirtschaft ist nur möglich, wenn soziale Gerechtigkeit garantiert ist.

Du kandidierst als GRÜNE für den Grossen Rat. Was sind deine Anliegen?

Nachhaltigkeit ist mein übergeordnetes Ziel. Um das zu erreichen, müssen wir umdenken, es geht um Bildungsfragen im weitesten Sinn. Produktion und Konsum müssen sich koordiniert verändern. In der Landwirtschaft sind Gleichstellungs- und Bildungsfragen sehr drängend. Randregionen müssen weiter gestärkt werden. Vom Tourismus wünsche ich mir mehr Demut.

Kennt das Safiental Probleme mit dem Tourismus?

Individualtourismus in Massen hat einen enormen Einfluss auf Fauna

und Flora. Randregionen werden zunehmend als rechtsfreier Raum missbraucht. Dabei erfordert dort das filigrane Miteinander von Wildnis und Kulturland nicht nur von der Landwirtschaft, sondern auch von den Gästen viel Einfühlungsvermögen. Diese Sensibilität gilt es zu fördern. Es braucht Lenkungsmassnahmen und eine geplante Infrastruktur nach dem Prinzip «erst das Kistli, dann die Katze».

ZUR PERSON

Anna ist Mitbewirtschafterin vom Hof «Spichergada-Turra» in Thalkirch GR. Mit Martin hat sie vier Kinder. Die Germanistin und Anglistin, lic.phil.I., hat ein Lehrdiplom für Maturitätsschulen, war Austauschdozentin in Tansania und verbrachte insgesamt fast 8 Jahre im Ausland. Aufmerksam verfolgt sie die laufende Überprüfung der Landwirtschafts-Ausbildungen. Ihr Hofladen ist «vielleicht der politischste der Schweiz».





Auch die grünen Kantonalparteien der Ostschweiz verurteilen den Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine aufs Schärfste. Die kriegerischen Handlungen stellen eine brutale Verletzung des internationalen Rechts und eine Katastrophe für die Zivilbevölkerung in der Ukraine dar. Ein klares Zeichen der internationalen Gemeinschaft muss jetzt dem autokratischen und zerstörerischen Handeln von Vladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation, Einhalt gebieten.

Wir GRÜNE fordern zudem, dass die Schweiz ihre humanitäre Unterstützung für die Zivilbevölkerung in der

Ukraine verstärken und den Flüchtenden aus der Krisenregion Schutz gewähren. Es braucht ausserdem legale Zugangswege, damit schutzbedürftige Menschen sicher und unversehrt in die Schweiz gelangen können.



OSTGRÜNE:

ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

- GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch
- VERDA Graubünden
Bungertweg 16
7206 Igis
079 820 71 99
www.verda-gr.ch
info@verda.gr
- GRÜNE Schaffhausen
Brünigstrasse 7
8200 Schaffhausen
www.gruene-sh.ch
info@gruene-sh.ch
- GRÜNE St. Gallen
Harfenbergstr. 17
9000 St. Gallen
071 244 00 58
www.gruene-sg.ch
sekretariat@gruene-sg.ch

- GRÜNE Thurgau
Barbara Imholz, Aspenstr. 6
8580 Sommeri
071 410 06 01
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

- Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch
- Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
079 846 63 98
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 2/22
1. Juni 2022

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus

- www.gruene-gl.ch
- Mittwoch, 6.4. 19.30 Uhr Hauptversammlung GRÜNE GL
 - Samstag, 30.4. Stand am Landsgemeinsamstag
 - Sonntag, 15.5. Landratswahlen

Graubünden

- www.verda-gr.ch
- Sonntag, 15.5. Grossratswahlen

Schaffhausen

- www.gruene-sh.ch
- Donnerstag, 31.3. Mitgliederversammlung GRÜNE SH
 - Donnerstag, 19.5. Generalversammlung, GRÜNE SH

St. Gallen

- www.gruene-sg.ch
- Freitag, 18.3. 19.00 Uhr Hauptversammlung mit anschliessendem Apéro, GRÜNE prowil, Schulhaus Kirchplatz, Wil
 - Dienstag, 22.3. Mitgliederversammlung, GRÜNE Uznach
 - Samstag, 2.4. 9.00 Uhr Ordentliche Mitgliederversammlung GRÜNE SG
 - Freitag, 29.4. 19.00 Uhr Hauptversammlung, GRÜNE Stadt und Region SG, Schönenwegen Treff
 - Samstag, 30.4. 10.00 - 16.00 Uhr Setzlingsaktion für Klima und Biodiversität, GRÜNE Stadt und Region SG, Multertor
 - Samstag, 30.4. 8.30 - 16.30 Uhr Pflanzen- und Flohmarkt der GRÜNEN Wil-Land am Frühlingmarkt, Flawil
 - Mittwoch, 18.5. 19.30 Uhr Vollversammlung GRÜNE Wil-Land, Rest. Steinbock, Flawil
 - Freitag, 20.5. Hauptversammlung, GRÜNE Linth

Thurgau

- www.gruene-tg.ch
- Samstag, 2.4. 14.00 - 17.00 Uhr «Energie-wende im Kleinen – praktisch umgesetzt» Tag der offenen Tür bei Familie. Blum, Hochbülstr. 28, Rickenbach bei Wil
 - Donnerstag, 21.4. Mitgliederversammlung GRÜNE TG, Bezirk Arbon
 - Donnerstag, 28.4. Vortrag «Sirnach – Räumliches Leitbild 2.2: Mit 3D-Film in die Zukunft blicken» von GR Samuel Mäder
 - Mittwoch, 18.5. 13.00 - 20.00 Fraktionsausflug GRÜNE TG, Bezirk Frauenfeld
 - Sonntag, 22.5. 10.00 - 15.00 Tag der offenen Blumenwiese, Bibliothek, Sirnach

Ostschweiz und National

- Samstag, 26.3. DV der GRÜNEN CH in Ziegelbrücke GL
- Montag, 18.4. 14.00 - 17.00 Uhr Internat. Bodensee-Friedensweg, Bregenz
- Sonntag, 15.5. Abstimmungen